

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 94 (2014)
Heft: 1014

Artikel: Wozu eigentlich Ökonomen?
Autor: Sedláek, Tomá
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Ask Mr.
Sedláček

Wozu eigentlich Ökonomen?

Das wissen viele Ökonomen selbst nicht so genau. Ich sage es immer wieder gern: Die Rolle eines Ökonomen ist bestimmt *nicht*, das BIP zu vergrössern, sondern – schon eher – die Fallhöhe von Konjunkturzyklen zu verkleinern. Das bedeutet: das BIP muss während prosperierender Jahre künstlich verkleinert werden, um Ressourcen zur Erholung zu bilden, auf die in den wirtschaftlich schlechteren Zeiten zurückgegriffen werden kann. Gegenwärtig ist das Gegenteil der Fall: in guten wie in schlechten Zeiten verschulden sich die Staaten.

Und wenn der Staat dauerhaft hochverschuldet ist, so erhöhen sich über die Finanzmärkte die Zinsraten und verschlimmern dadurch die Situation. Denn wenn die Zinsen für Kredite steigen, so ist die übliche Haltung der Politiker nicht: Wir müssen Ausgaben kürzen und Schulden zurückzahlen! Nein, sie verschulden sich weiter und erhöhen damit die Schulden doppelt. Die Anreize für Politiker, sich steuerlich verantwortungsvoll zu verhalten, stimmen also nicht. Sie verleiten zu prozyklischem statt antizyklischem Handeln. Unter den gegenwärtigen Gesetzen ist beispielsweise das griechische Verhalten bis 2008 absolut rational. Vielleicht kennen Sie den Song von U2 «Daddy's gonna pay for your crashed car». Warum soll ich sicher fahren, wenn mein Vater den Schaden bezahlt?

Deshalb braucht es neue Regeln. Die Bürger sollten sich entscheiden, ob sie einen tiefen Steuersatz mit tiefen Staatsausgaben bevorzugen, wie in den USA oder der Schweiz zum Beispiel. Oder ob sie stattdessen einen ausgebauten Sozialstaat oder andere besondere Staatsleistungen wollen. Letzteres zieht einen hohen Steuersatz nach sich – ein Modell, das die skandinavischen Staaten leben und schätzen. Man kann als gewissenhafter Staatsbürger aber nicht eine kleine Steuerbelastung bei gleichzeitig hohen Staatsausgaben fordern. Ich nenne dieses populäre Verhalten «fiskalische Schizophrenie». Über längere Zeit politisch gelebt, führt es zu einer Aufspaltung der (Staats-)Persönlichkeit.

Tomáš Sedláček ist Ökonom und Hochschullehrer. Bekannt wurde er insbesondere durch sein Buch «Die Ökonomie von Gut und Böse» (Hanser, 2012). In seiner neuen Kolumne beantwortet der Freund der Redaktion Fragen aus Politik, Wirtschaft und Kultur.



Lex &
the City

François und die Turteltauben

Was wäre, wenn François Hollande Schweizer wäre? Einfach: die Auserwählte, mit der er wilde Nächte genießt, hiesse nicht Julie Gayet, sondern etwa Barbara Moser.

Und die Filme, in denen sie mitspielte, hätten nicht so verführerische Titel wie «Un baiser s'il vous plaît», sondern vielleicht «Missen-Massaker». Hollande müsste sich auch nicht in einer Undercovermission auf der Vespa durch Metropolen schlängeln, sondern könnte sich im Schatten der Berner Lauben herumdrücken. Bekäme ein «Blick»-Reporter dennoch von seinen nächtlichen Ausflügen Wind, würden diese aber auch hier die Titelseiten der Klatschpresse füllen. Bestimmt würde sich auch der Schweizer Magistrat bald auf seine Privatsphäre berufen, Aussagen zur Affäre verweigern und mit rechtlichen Schritten drohen. Hüben wie drüben stellt sich aber die Frage, ob sich ein Politiker in einem solchen Fall tatsächlich auf seine Privatsphäre berufen kann.

Klar: grundsätzlich steht jeder Person – auch Politikern – der Schutz des Privatlebens zu. Eingriffe müssen sie sich nur gefallen lassen, wenn die Enthüllungen mit ihrer politischen Funktion zusammenhängen und diese deshalb von öffentlichem Interesse sind. Das lässt sich bei nächtlichen Eskapaden nun schwerlich begründen – ausser sie wären so leidenschaftlich, dass sie dem Volksvertreter sämtlichen Schlaf rauben und deshalb seine Regierungsfähigkeit hemmen. Das ist wohl eher selten der Fall, weswegen Hollande sich (auch als Schweizer) weder öffentlich rechtfertigen noch eine intime Berichterstattung tolerieren müsste.

Bundesrat Hollande und seine Moser dürften also unbewegte Miene zum bewegenden Spiel machen – und warten, bis der mediale Sturm vorbeigezogen ist. Anders sähe es bloss aus, wenn Hollande US-amerikanischer Präsident wäre. In Amerika könnten seine nächtlichen Amusements nämlich durchaus Anlass für ein Amtsenthebungsverfahren sein.

Mirjam B. Teitler ist Rechtsanwältin und Partnerin bei Teitler Legal and Media Consulting. Folgen Sie ihr bei Twitter: @MirjamTeitler.